

ist ein Mensch, und er bleibt ein Mensch und wird hier gleichbehandelt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und von Sebastian Watermeier [SPD])

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Der guten Ordnung halber sei darauf hingewiesen, dass die Ministerin ihre Redezeit um eine Minute und vier Sekunden überzogen hat. Ich sehe trotzdem keine weiteren Wortmeldungen und schließe damit die Aussprache.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/8127 an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen – federführend –, an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung sowie an den Integrationsausschuss. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir kommen zu:

## **8 Die Stunde der Wahrheit – Nordrhein-Westfalen muss für genügend baureife Straßenprojekte sorgen, statt Geld zu verschenken**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/8118

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Rasche das Wort.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Jetzt kommt die Stunde der Wahrheit! – Zuruf von Carsten Löcker [SPD])

**Christof Rasche\*** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Antrag geht es um kaputte Straßen und um vor allem für den Lkw-Verkehr gesperrte Brücken. Teilweise sind sie sogar für den Lkw- und Pkw-Verkehr gesperrt. Es müssen riesige Umwege insbesondere für Schwerlasttransporte in Kauf genommen werden. Das führt zu einem Schaden für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen

(Beifall von der FDP)

und zu einer Wettbewerbsverzerrung gegenüber vielen Bundesländern und auch vielen Ländern in Europa.

NRW hat in den Jahren 2022 und 2023 Bundesmittel in Höhe von insgesamt 60 Millionen Euro nicht

abgerufen, die insbesondere für die Sanierung von Bundesstraßen zur Verfügung standen. In den vergangenen Jahren ist es oft gelungen, sogar über die uns zustehenden Mittel hinaus die Mittel aus anderen Ländern abzurufen, die ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben. Wir reden also von einem Defizit von locker 100 Euro Millionen Euro, die in Nordrhein-Westfalen nicht verbaut worden sind.

Das Verkehrsministerium von Minister Krischer nennt Materialknappheit, Ukraine-Krieg, Corona und Projektverzögerungen als Gründe, die zu diesem Ergebnis geführt haben. Materialknappheit, Ukraine-Krieg und Corona müssten auch für andere Bundesländer gelten. Neun – neun! – Bundesländer in Deutschland sind aber dazu in der Lage, mehr Mittel abzurufen, als ihnen zustehen. Dort gibt es also keine Materialknappheit, kein Problem mit dem Ukraine-Krieg und auch kein Problem mit Corona. Genauso ist das in Wahrheit auch in Nordrhein-Westfalen.

Zum Thema „Projektverzögerung“: Wir wissen gerade bei Straßenbauprojekten, wie kompliziert viele juristisch Verfahren sind. Es kommt so gut wie nie vor, dass sich ein Projekt nicht verzögert. Genau deshalb haben die neun Bundesländer – ich kann sie Ihnen gerne auch nennen –, darunter Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, so viel Planungsvorrat in der Schublade, dass man das nächste Projekt bedienen kann, wenn eine Projektverzögerung stattfindet, und man keinen einzigen Euro aus Berlin abgeben muss, sondern sogar noch zusätzliche Mittel abrufen kann.

Dieses Problembewusstsein gegenüber dem Planungsvorrat besteht unter Garantie auch bei den Kollegen der CDU.

Kollege Vossemer in der Debatte am 24.01.2019:

„[...] in den vergangenen sieben Jahren fehlte es darüber hinaus an baureifen Planungen. [...] Zu dem erklärten Ziel, nicht mehr planen zu wollen, hat Rot-Grün auch die Grundlage für Planungen entzogen, indem Personal und Mittel gekürzt wurden.“

Wo ist der Unterschied zur jetzigen Regierungsarbeit?

Verkehrsminister Wüst sagte in der gleichen Debatte am 24. Januar 2019:

„Wenn die Schwarzen regieren, geht es immer hoch, und wenn die Roten regieren, geht es wieder herunter.“

– Hendrik Wüst höchstpersönlich.

Wo ist der Unterschied zu heute, liebe Kolleginnen und Kollegen? Es gibt keinen Unterschied. In der Tat: Die Schwarzen regieren, und beim Straßenbau geht es eindeutig bergab.

(Beifall von der FDP)

Es sind nicht nur die Bundesstraßen, sondern genauso die Landesstraßen betroffen. Die Regierung hat eine Steigerung von 3 % in zwei Jahren abgefeiert. Dem stehen aber Baukostensteigerungen von 25 % gegenüber. Das heißt: Im Ergebnis wird 20 % weniger an Landesstraßen saniert als vorher. Zudem wurden die Mittel für Ausbau und Neubau um insgesamt 36 % reduziert. Was wir bei den Bundesstraßen erlebt haben, weil kein Planungsvorrat vorhanden ist, erleben wir also genauso bei den Landesstraßen.

Wir erleben leider – wir hoffen, dass das geändert wird – eine Politik, die dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen nicht dienlich ist und zu großen Kosten und Umwegen führt. Wir verwenden immer den Begriff „Verkehrswende“, wir brauchen tatsächlich eine Verkehrswende und wieder eine rationale Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Krauß.

**Oliver Krauß (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Demokratie ist der Streit mit fairen Spielregeln. Dazu gehört der faire Umgang unter Demokraten. – Das ist ein Appell von Henning Höne, der leider nicht da ist. Henning hat aber in der Aktuellen Stunde am 24. Januar gesagt: Wir müssen die Debattenkultur überdenken. – Nun leisten Sie allerdings das Gegenteil.

(Gordan Dudas [SPD]: Hä?)

Zitat von der Internetseite der FDP-Fraktion zum heutigen Antrag: „Die Landesregierung [...] vergeudet schamlos 60 Millionen Euro für den Straßenbau.“

(Beifall von Gordan Dudas [SPD] und Susanne Schneider [FDP])

„Schamlos“ – das ist eine Frage des Stils.

(Gordan Dudas [SPD]: Nee!)

In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 erleidet NRW die größte Naturkatastrophe seiner Geschichte. Kräfte werden aus dem ganzen Land zusammengezogen, um Hochwasserschäden zu bewältigen.

Am 25. August 2021 informiert der Verkehrsminister, unser heutiger Ministerpräsident, Hendrik Wüst im Verkehrsausschuss: Nach 40 Tagen sind von 220 Straßensperrungen 85 % wieder aufgehoben, im Bau oder die Sanierung ist beauftragt.

Erst wenige Monate zuvor war die Zuständigkeit für die Bundesautobahnen auf die Autobahn GmbH gewechselt. Wir verlieren 2.200 Fachkräfte.

(Gordan Dudas [SPD]: Und die anderen Länder nicht?)

Dennoch wird im Jahr 2022 ein investives Straßenbauvolumen in Höhe von 642 Millionen Euro realisiert. Für die Bundes- und Landesstraßen wird der Bauumsatz nochmals um 6 Millionen Euro gesteigert.

(Beifall von der CDU und Martin Metz [GRÜNE])

Das sind die Tatsachen. Das alles gehört zur „Stunde der Wahrheit“ dazu.

63 Millionen Euro betragen die Investitionen dafür, die Hochwasserschäden aufzuholen. Als der Winter 2022/2023 zu Ende geht, sind bereits 13 der 15 zerstörten Brücken ersetzt.

Der Coronaschutz muss verlängert werden. Am 24. Februar 2022 überfällt Putin leider die Ukraine. Darauf sowie auf die Themen „Personalausfall“ und „Materialmangel“ haben Sie, Herr Kollege Rasche, hingewiesen. Die Folgen der Hochwasserkatastrophe haben uns in Nordrhein-Westfalen aber besonders erfasst.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Gordan Dudas [SPD]: Rheinland-Pfalz hat die Mittel aber trotzdem abgerufen!)

– Herr Kollege, Rheinland-Pfalz hatte in Bezug auf die Straßen aber eine ganz andere Situation als wir.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Deshalb hat Minister Krischer im September informieren müssen, dass die Mittel für die Bundesstraßen nicht vollständig verausgabt werden. Er hat das deutlich erläutert.

Im Jahr 2022 arbeiten schätzungsweise 23 % der Fachkräfte von Straßen.NRW für Investitionsprojekte an Bundesstraßen. Die Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen stehen auf Rekordniveau: 213,4 Millionen Euro. Mehr als 233 Millionen Euro werden im Jahr 2023 verausgabt. 51 Brücken werden modernisiert, 400 Brücken sind in der Sicht von zehn Jahren, in der Verantwortung des Landes.

Im vergangenen Dezember bescheinigte der ADAC: Der Landesbetrieb arbeitet intensiv daran, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. – Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: Besonders lobenswert ist die Vielfalt der angebotenen Ausbildungsberufe. Der Landesbetrieb zeigt eine positive Herangehensweise bei der Gewinnung von Personal.

Zum schnellen Wandel gehört die permanente Aufgabenkritik. Vorrang haben Sanierungen und Instandsetzungen.

Dann adressiert der FDP-Bundesverkehrsminister für den beschleunigten Ausbau 66 Projekte in NRW – alles oder nichts, 10 Tage Frist. Sehenden Auges

werden Kapazitäten gebunden, die dann aber bei den Bausanierungen fehlen.

Zur „Stunde der Wahrheit“ gehört auch, dass die Fraktionen von FDP und SPD den PUA III, Brückendesaster und Infrastrukturstau, durchgesetzt haben. Das ist Ihr gutes Recht. Dann müssen Sie aber auch zur Kenntnis nehmen, dass Sie durch diesen PUA Planerinnen und Planer für Erkenntnisse, die wir regelmäßig schon haben, außerordentlich binden.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist doch unglaublich!)

Das sind Fachkräfte, die uns bei ihren eigentlichen Aufgaben fehlen. Auch das ist ein Grund, warum wir Geld nicht verausgaben können.

Es ist nicht gerechtfertigt, dass Straßen.NRW diskreditiert wird, wo Leistungen doch exzellent sind. Die Fachkräfte arbeiten Hand in Hand in der Taskforce: mit Autobahn GmbH, Deutscher Bahn, kommunalen Spitzenverbänden, Aufgabenträgern, Baugewerbe und KMUs.

Es ist auch nicht gerechtfertigt, die Lage der Wirtschaft kleinzureden. NRW ist das Energie- und Industrieland. Zuerst vereinfacht der Antrag: massive Investitionsstaus, mangelhafte wirtschaftliche Entwicklung.

(Zuruf von Carsten Löcker [SPD])

Relationen werden bei der FDP völlig außer Acht gelassen, und dann wird die vermeintlich einfache Lösung präsentiert – mit Prämissen, die aber täuschen.

Was in der vorgeschlagenen Beschlussfassung letztlich stimmt, relativiert sich leider. Am Ende steht dann doch wieder nur die eigene Wahrheit in der „Stunde der Wahrheit“.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herr Kollege, die Redezeit.

**Oliver Krauß** (CDU): Wir stimmen der Überweisung zu.

Herr Präsident, Sie haben recht.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Immer.

**Oliver Krauß** (CDU): Wir setzen aber auf eine andere Debattekultur. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Krauß. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Dudas.

**Gordan Dudas** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Lieber Kollege Krauß, Sie erinnern mich an die Blues Brothers, und zwar an die Szene, in der einer der Blues Brothers sagt: Ich hatte kein Benzin. Dann hatte ich einen platten Reifen. Ich hatte nicht genug Geld für das Taxi. Der Smoking kam nicht aus der Reinigung. Das Auto wurde mir geklaut. Ein Erdbeben kam. Eine schreckliche Flutwelle kam über mich. Ich kann nichts dafür.

Herr Krauß, um Ausreden sind Sie nicht verlegen. Das muss man Ihnen lassen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich erzähle Ihnen sicher nichts Neues – das wird der Kollege Krauß wissen –, wenn ich sage, dass eine gut ausgebaute und intakte Infrastruktur von größter Bedeutung für unser Bundesland ist. Sie ist nicht nur unglaublich wichtig für die vielen Berufspendler, die jeden Tag zur Arbeit fahren müssen, nein, auch für unseren Wirtschaftsstandort ist es unerlässlich, dass wir über ein gut funktionierendes Straßennetz verfügen. Anders lässt sich nämlich der Güter- und der Warenverkehr zurzeit nicht bewältigen.

Auch wenn wir mehr Verkehr auf die Schiene und Wasserstraße umlagern wollen, wird das Straßennetz auch in Zukunft weiterhin immer wichtig bleiben. Wir sehen gerade, welche katastrophalen Folgen unsere marode Brückeninfrastruktur für Mensch und Wirtschaft hat. Ein Ausfall der Straßeninfrastruktur wäre ähnlich schlimm für unser Land. Wir müssen daher alles Erdenkliche tun, damit unser Straßennetz auch in Zukunft weiterhin funktioniert.

Wie der Antrag richtig feststellt, herrscht in NRW aber schon seit Jahren Sanierungsstau bei unserer Verkehrsinfrastruktur. Da lasse ich keine Regierung außen vor. Ich möchte wetten, dass jeder von Ihnen mir auf Anhieb mehr als ein marodes Stück Infrastruktur aus seinem Wahlkreis benennen kann, welches dringend erneuert werden muss. Jeder kennt eine Brücke, einen Tunnel, eine Landes- oder Bundesstraße in seinem Wahlkreis, bei dem eine Sanierung seit Jahren dringend nötig ist, aber immer wieder geschoben wird.

Wir alle kennen die berechtigten Beschwerden der Anwohnerinnen und Anwohner über Maßnahmen, die erst angekündigt werden und sich dann doch immer wieder nach hinten verzögern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen, vor diesem Hintergrund ist es für mich vollkommen unverständlich, dass ein Naturschutz- und Umweltminister in den Jahren 2022 und 2023 auf insgesamt 60 Millionen Euro für die Sanierung von Bundesstraßen verzichtet – Geld, das der Bund einzig und allein für die Instandhaltung dieser zur

Verfügung gestellt hat und das jetzt ungenutzt wieder zurück nach Berlin fließt.

Der Sanierungsstau ist offenkundig. Es gibt unzählige kaputte Bundesstraßen, mehr als genug Projekte also, für die man das Geld hätte verbauen können. Dieser Vorgang ist für mich auch deshalb so unverständlich, weil Sie, geschätzte Landesregierung – wenn sie mal zuhören würde –, so gerne mit dem Finger nach Berlin zeigen. Bei jeder Gelegenheit verweisen Sie, Herr Minister, auf die Verantwortung des Bundes und erklären lange und breit, was dieser zu tun und zu lassen hat.

Wenn der Bund dann aber liefert, sind Sie, Herr Krischer, anders als der Bund nicht dazu in der Lage, Ihre Arbeit zu machen. Es kommt noch besser: Wenn es denn darum geht, sich mit fremden Federn zu schmücken, stellen Sie und der Ministerpräsident sich wie zuletzt in Leverkusen ganz ungeniert ins mediale Blitzlichtgewitter und schneiden bunte Deutschlandbändchen auf Brücken durch, für die Sie nicht zuständig sind.

Ist Ihnen das nicht eigentlich peinlich? Sind Sie sich nicht zu schade dafür, Herr Minister?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie gesagt, ich bin fest davon überzeugt, dass jeder von uns mindestens eine Bundesstraße aus seinem Wahlkreis nennen kann, bei der man diese Mittel hätte gut einsetzen können.

Herr Minister, Sie müssen endlich sicherstellen, dass in Zukunft alle verfügbaren Mittel – ich betone: alle verfügbaren Mittel – für den Erhalt unserer Infrastruktur abgerufen werden. Die Instandhaltung unserer Verkehrsnetze muss allerhöchste Priorität haben. Es kann nicht sein, dass wir das Geld im wahrsten Sinne des Wortes auf der Straße liegen lassen.

Deshalb begrüßen wir den FDP-Antrag und stimmen der Überweisung natürlich zu. – Ich danke Ihnen an dieser Stelle für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Rainer Schmelzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Dudas. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Abgeordnete Metz.

**Martin Metz (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Wenn die FDP fordert, dass der Staat mehr Geld ausgeben muss, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass wir über Straßenneubau debattieren, denn sonst begegnet einem das ja nicht so häufig.

Es ist natürlich Konsens, dass wir in eine funktionsfähige Infrastruktur investieren müssen. Die Frage ist: Wie geht man sinnvoll vor?

Dieser Antrag ist überschrieben mit „Die Stunde der Wahrheit“. Diese Wahrheit soll angeblich aus Sicht der Antragsteller sein, die Landesregierung lasse Geld liegen, das dann woanders hingehet, und das sei Absicht. Ich kann Ihnen versichern: Das ist nicht die Wahrheit.

René Descartes hat gesagt: Zur Erforschung der Wahrheit bedarf es notwendig der Methode. – Das sollten wir auch tun, um uns mit diesem Sachverhalt auseinanderzusetzen, und erst einmal die Fakten anschauen. Das Land kümmert sich um die Bundesstraßen. Das bezahlt der Bund. Jedes Jahr werden vorab zwischen Bund und Ländern Budgets vereinbart – getrennt für Erhalt, Neu- und Ausbau und für kleinere Umbaumaßnahmen.

Für 2022/2023 hatte man sich vor den jeweiligen Jahren zusammengesetzt und gesagt: Wir haben hier ein Budget, es ist zwar getrennt, aber insgesamt sind es 830 Millionen Euro. – Davon wurden dann im Nachhinein 60 Millionen Euro nicht verbaut, das sind 7 %. Diese Gelder fehlen nicht im Landeshaushalt oder sind irgendwohin weggeflossen. Es ist schlicht nicht so viel Geld ausgegeben worden, wie zuerst kalkuliert worden war.

Im Übrigen ist das auch nur ein Teilbereich dessen, was Straßen.NRW tut. Oliver Krauß hat es eben richtigerweise gesagt: Da kommt noch der Bereich der Landesstraßen hinzu, insgesamt haben wir ein sehr großes Bauvolumen von 640 Millionen Euro.

Jetzt kommen wir hier mit einem Teilaspekt. Die Antragsteller, Herr Rasche und auch Kollege Dudas, verwischen dann Erhaltung und Neubau, mengen noch ein wenig Autobahn dazu, um die es seit 2021 eigentlich gar nicht mehr geht, um dann die Aussage zu kreieren, dass im Straßenbau alles falsch laufe. Das wird der Sache nicht gerecht, wenn man sich ernsthaft auf die Suche nach der Wahrheit macht.

2022 und 2023 waren im Bau schwierig. Das sind keine Ausreden. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen:

(Christof Rasche [FDP]: Neun Bundesländer machen das!)

Wer die Auswirkungen von Corona und des Ukraine-Kriegs auf den Bereich des Baus und des Tiefbaus als irgendwelche Ausreden qualifiziert, dem – so muss ich sagen – werden auch die Probleme und Herausforderungen in der Branche nicht bewusst sein. Das finde ich gerade für die FDP frapierend.

Dazu kommen der Bereich der Flutschäden, die insbesondere den Westen Deutschlands betroffen haben, und die größte Reform in der Geschichte der Bundesautobahnverwaltung, die auch nicht spurlos an so einem Laden vorbeigeht.

Bundesweit – jetzt kommen wir mal auf die anderen Länder, Herr Rasche, da bin ich interessiert an der Transparenz – standen für den Neu- und Ausbau von Bundesstraßen 966 Millionen Euro im Bundeshaushalt. Laut Bundeshaushaltsrechnung – ich habe nachgesehen: Band 2, Seite 1.000 und irgendwas – wurden 676 Euro Millionen ausgegeben, 30 % weniger als im Ansatz standen.

Es gab einen Ansatz im Bundeshaushalt für den Neu- und Ausbau von Bundesstraßen, das, worüber wir hier reden. Da wurden über alle Länder hinweg 30 % weniger Mittel ausgegeben, als im Bundeshaushalt zur Verfügung standen. Da muss ich sagen: Das passt nicht mit Ihren Aussagen zusammen, dass es woanders keine Probleme geben würde und andere Länder so viel Geld mehr ausgegeben hätten.

(Christof Rasche [FDP]: Sie haben schlecht recherchiert!)

Dazu kommt – das habe ich auf jeden Fall genauso gut recherchiert –, dass die Ampelregierung in Berlin für den Haushalt 2024 diese Mittel für den Neu- und Ausbau von Bundesstraßen von 1 Milliarde Euro auf 500 Millionen Euro gekürzt hat, und zwar mit der Begründung im Haushaltsplan – Sie können es sich aussuchen, ob Finanzminister Lindner oder Verkehrsminister Wissing diese Begründung formuliert hat –: Wir müssen die hohen Ausgabereise, nämlich die nicht ausgegebenen Mittel, reduzieren, und deshalb halbieren wir den Haushaltsansatz.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Aha!)

Da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Das passt auch nicht mit dem zusammen.

Jetzt kommt es noch besser. Schauen wir uns mal die Autobahn GmbH an, die nämlich in der Verantwortung des Verkehrsministers Wissing liegt. Sie hatte 5,5 Milliarden Euro für Investitionen im Bundeshaushalt 2022, und unter Minister Wissing wurden von den 5,5 nur 5,3 Milliarden Euro ausgegeben, 190 Millionen Euro weniger als im Bundeshaushalt standen.

Dafür kann es ja gute Gründe geben, aber wenn Sie hier vorwerfen und vom handfesten Skandal, Vergeuden von Mitteln sprechen, dann muss ich Ihnen entgegen: Schauen Sie sich mal das Sprichwort vom Glashauss und den Steinen an. Das kann da sehr hilfreich sein.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir haben ein dichtes Straßennetz, das teilweise marode ist. Das muss behoben werden. Gleichzeitig haben wir begrenzte finanzielle und personelle Ressourcen. Jede Planerin und jeder Planer, die oder der eine neue Straße plant, ist eine Planerin oder ein Planer, der oder die nicht am Ersatzneubau einer Brücke planen kann. Es ist richtig und prioritär, sich um die Modernisierung des bestehenden Straßennetzes

zu kümmern. Das tun diese Koalition und diese Landesregierung mit ihrem Verkehrsminister Oliver Krischer mit großem Einsatz. Das setzen wir fort.

Wir haben gefragt, wie es derzeit bei den Mitteln aussieht. In 2023 sieht es so aus, dass beim Erhalt sogar deutlich mehr verbaut wurde, als im Verfügungsrahmen zunächst festgelegt war. Da sehen Sie: So funktioniert erfolgreiche Straßenbaupolitik.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herr Kollege, es besteht der Wunsch nach einer Zwischenfrage.

**Martin Metz (GRÜNE):** Ah, fünf Sekunden vor Schluss. Das war noch rechtzeitig.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Deswegen habe ich Sie auch so zügig unterbrochen. Was glauben Sie, wie wir hier aufpassen! Es ist eindeutig nicht die Kollegin Kapteinat; es müsste der Kollege Dudas sein, wenn ich das richtig sehe. Herr Kollege Dudas, Sie haben das Mikrofon frei.

**Gordan Dudas (SPD):** Herzlichen Dank, Herr Präsident. Ich habe mit meiner Anfrage so lange gewartet, um Herrn Metz den Abend zu verschönern. Kurz vor Schluss kommen die besten Anfragen.

Herr Metz, jetzt haben Sie gefühlt etwa 80 % Ihrer Rede damit verbracht, zu erklären und zu rechtfertigen, warum die 60 Millionen Euro nicht verausgabt wurden. Halten Sie es nicht für angebracht, anstatt sich zu rechtfertigen, dass das Geld nicht ausgegeben wurde, sich Gedanken darüber zu machen, was man denn dafür tun könnte, dass es ausgegeben wird, und welche Voraussetzungen man dafür schafft, dass es in Zukunft nicht mehr passiert?

Das wäre doch einmal eine Rede gewesen, wozu ich gesagt hätte: Guckt mal her, der Metz hat gelernt. Aber offenbar ist da nichts passiert.

(Vereinzelte Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Der Rest Ihrer Zwischenfrage war schon fast eine Kurzintervention. Aber ich habe eine Frage herausgehört. Der Kollege Metz kann diese jetzt beantworten.

**Martin Metz (GRÜNE):** Gerne lasse ich Ihre Zwischenfrage zu, Herr Kollege Dudas.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Die ist ja schon längst erledigt.

**Martin Metz** (GRÜNE): Ja, ich wollte das noch einmal betonen; ich kenne ja bestimmte Gepflogenheiten des Hauses.

Herr Kollege Dudas, ob ich es schaffe, dass Sie mal einen Redebeitrag von mir loben? Ich weiß gar nicht, ob ich das will.

Das, was wir an Maßnahmen haben, hat Verkehrsminister Oliver Krischer schon mehrfach ausgeführt. Erwarten Sie, dass ich das alles noch einmal referiere, was so umfangreich ist?

Wir haben bei den Brücken Transparenz hergestellt. Dieser Verkehrsminister hat bei allen Brücken, bei den Bundes- und Landesstraßen da, wo sie in Landesverantwortung sind, klar gesagt, diese Hunderte Brücken wollen wir dann und dann sanieren. Ich glaube, Sie haben die Unterlagen im Verkehrsausschuss gar nicht gelesen, in denen klar dargelegt ist, wie das im Personalbereich läuft, und klar gesagt wird, das und das tun wir für die Personalgewinnung, und so gehen wir das absolut prioritäre Thema „Brücken- und Straßenerhalt“ an.

Ich würde mir wünschen, Sie würden das anerkennen, und wir würden über diese wichtigen Initiativen streiten und auch gemeinsam dafür sorgen, dass dieser Bereich weiter so nach vorne gestellt wird und wir auch im politischen Raum hier insgesamt für unsere Verkehrsinfrastruktur werben. Ich habe aber das Gefühl, dass Sie das gar nicht wollen, sondern dass Sie sich über jede kaputte Straße freuen. Wir tun das nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wenn wir über Wahrheit im Bereich Straßenbau reden, diskutieren und streiten, aber ohne billige Skandalisierungsversuche, dann würde uns das alle sicherlich näher an die Wahrheit führen. Das wird vielleicht bei den Beratungen zu diesem Antrag im Ausschuss gelingen. Wir stimmen der Überweisung natürlich zu. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Metz. – Für die AfD spricht der Abgeordnete Herr Esser.

**Klaus Esser**<sup>\*)</sup> (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon – und da möchte ich widersprechen – skandalös, wie unsere angebliche Zukunftscoalition hier im Hause die Infrastruktur des größten Bundeslandes, unseres schönen Bundeslandes NRW sehenden Auges verkommen lässt.

Viele Straßen sind rissig und wegen Schlaglöchern kaum noch befahrbar, Verkehrswege verrotten, Brücken zerbröckeln, Hauptschlagadern des NRW-Verkehrsnetzes sind durchtrennt oder blockiert:

Rahmedetalbrücke bei Lüdenscheid, Haarbachtalbrücke bei Aachen, Rhein-Herne-Kanal zwischen Bottrop und Essen. Wir könnten diese Liste lange fortführen. Überlastung aller Umgehungs- und Ausweichstraßen – auch da siehe Südwestfalen –, die dann ebenso schnell kaputt gehen durch die massive Überlastung. Die Bürger sind genervt, die Industrie wandert ab. NRW verliert Wirtschaftskraft, und die Menschen in NRW verlieren ihre Arbeitsplätze.

Heute sprechen wir über einen Mosaikstein unseres mittlerweile etwas antiken Verkehrsnetzes. Es geht um die Bundesstraßen. Verkehrsminister Krischer lässt seit Amtsantritt im Durchschnitt jedes Jahr etwa 30 Millionen Euro ungenutzt. Jedes Jahr werden 30 Millionen Euro, die NRW dringend benötigt, einfach liegengelassen. Da fragt man sich: Brauchen wir diese Gelder etwa gar nicht?

Wie steht es denn um die Bundesstraßen in NRW? Der Landesbetrieb Straßenbau NRW ist für knapp 4.000 km Bundesstraßen mitverantwortlich. 2019 hat er das erste Mal vollumfänglich ermittelt, in welchem Zustand sich NRWs Bundesstraßen befinden. Ergebnis: 22 % sind in einem schlechten Zustand, und weitere 21 % befinden sich in einem sehr schlechten Zustand. Insgesamt also etwas mehr als 1.700 km Bundesstraßen, die in NRW in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand sind, die dringend erneuert werden müssen.

Da fragt man sich: Warum lässt die Landesregierung das eigentlich zu? Zunächst einmal: Es handelt sich nicht um ein grob fahrlässiges Zulassen, sondern eher um ein etwas mutwilliges Inkaufnehmen. Einer der Gründe dafür, dass wir seit Amtsantritt dieser Landesregierung nicht genug Straßenbauprojekte bereithalten können, ist der Personalmangel, natürlich nicht in den Ministerien. Dort wird fleißig aufgestockt. Nein, der Personalmangel herrscht bei den Arbeitskräften vor Ort.

Es ist der Landesregierung bisher nicht gelungen, die extrem angespannte Personalsituation beim Landesbetrieb Straßenbau NRW in den Griff zu bekommen. Es mangelt an allen Ecken und Enden, es fehlen Vermessungs- und Bauingenieure, Techniker, Sachbearbeiter, Bau- und Projektleiter, und der demografische Wandel führt zu einer immer weiter zunehmenden und drastischen Verschärfung dieses Personalproblems.

Wie entscheidet sich die Landesregierung in dieser Situation? Welche Maßnahmen ergreift man? Wie geht man mit den knappen Personalressourcen um? Sie lassen die Straßen brachliegen und sagen den Ingenieuren, Technikern und Arbeitern stattdessen: Verstärkt bitte den Radwegeplan. Von Jahr zu Jahr stocken Sie die Haushaltsmittel für Radwege auf, und von Jahr zu Jahr treiben Sie diese grünen Prestigeprojekte weiter voran, völlig unabhängig davon,

was Bürger und Wirtschaft wirklich brauchen und nachfragen.

Der Anteil mit dem Auto gefahrener Personenkilometer liegt bei 74 %. Mit dem Rad werden gerade einmal 3 % zurückgelegt. Zudem werden knapp 80 % aller Güter und Waren in NRW mit dem Lkw transportiert. Ähnlich wie Ihr Plan, NRW in eine klimaneutrale Industrieregion zu transformieren, wird sich auch diese Fixierung auf Radwege als fataler Fehler herausstellen. Später natürlich, wenn jemand anderer Verantwortung trägt, der dann den Niedergang unserer Wirtschaft und den Kollaps unserer Verkehrsinfrastruktur wohlfeil beklagen kann.

Die aktuelle Landesregierung ist bereits mehrfach daran gescheitert, kompetentes Personal im notwendigen Umfang für den Straßenbau zu gewinnen. Wie fast unsere gesamte Infrastruktur, so sind auch die Bundesstraßen in NRW marode und dringend sanierungsbedürftig. Aber Sie schaffen es nicht einmal, die Ihnen dafür zugeteilten Gelder sinnvoll einzusetzen. Aus all diesen Gründen schrumpft eben auch unsere Wirtschaft und zerbröckelt unsere Verkehrsinfrastruktur. Menschen verlieren ihre Arbeitsplätze und langfristig auch dann die Lust daran, weiter in NRW zu wohnen.

Es wird Zeit, diese schwarz-grüne Abwärtsspirale zu stoppen. Darüber werden wir im Verkehrsausschuss zu sprechen haben. Der hier gestellte Antrag fordert aus unserer Sicht die richtigen Maßnahmen und spricht die richtigen Probleme an. Der Überweisung in den Verkehrsausschuss stimmen wir zu. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD)

**Präsident André Kuper:** Danke, Herr Esser. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Krischer.

**Oliver Krischer,** Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat stehen nicht nur unsere Straßen, sondern steht unsere gesamte Verkehrsinfrastruktur vor großen Herausforderungen des Erhalts, weil Verkehrsmengen zugenommen haben und Belastungen stärker geworden sind, aber auch, weil die Infrastruktur zukunftsfest gemacht werden muss, auch weil wir – es wurde eben schon erwähnt – die Folgen der Klimakrise vergegenwärtigen.

Das bedeutet die Notwendigkeit von Investitionen in einem Ausmaß, wie wir sie wahrscheinlich noch nie gehabt haben, um unser Straßen-, Schienen- und übrigens auch unser Wasserwegesystem zu erhalten. Dem widmet sich die Landesregierung, indem sie eine Sanierungsoffensive „Straßeninfrastruktur NRW“ im November vorgestellt hat. Dort präsentieren wir erstmals in einem Elf-Punkte-Programm, was

genau alles in den nächsten Jahren gemacht werden muss.

Wir legen zum ersten Mal genau fest, welche Brücken an Bundes- und Landesstraßen saniert werden. Das können Sie alles nachlesen. Von den 51 Brücken – das ist zum ersten Mal dokumentiert –, die wir in diesem Jahr sanieren, haben wir an 16 Brücken schon begonnen. Dort wird gearbeitet. Der Sanierungsstau, den Sie eben beklagt haben, wird abgearbeitet. Das macht die Landesregierung bei der Straßeninfrastruktur.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir haben 400 Brücken, die wir in den nächsten zehn Jahren sanieren müssen. Wir werden dieses Programm abarbeiten, damit genau das verhindert wird, was gerade wieder beklagt worden ist. Von der Landesregierung wird völlig zu Recht gefordert, dass gehandelt wird, damit wir eben nicht erst sperren und dann sanieren, sondern wir erst sanieren, damit es überhaupt nicht zu Sperrungen kommt. Das genau ist die Politik der Landesregierung. Das können Sie brückenscharf verfolgen; das können Sie für jeden Straßenzug nachverfolgen.

Am Montag haben wir das Landesstraßenerhaltungsprogramm 2024 vorgestellt. Danach werden wir in die Erhaltung der Landesstraßeninfrastruktur 220 Millionen Euro investieren. Das ist eine Summe, wie sie in diesem Land noch nicht etatisiert worden ist. Wenn es dann heißt: „Na ja, das ist ja nur ein bisschen mehr“, dann sage ich nur mit den Worten von Sigmar Gabriel: „Es ist das größte Lob der Opposition, wenn es heißt: zu wenig und zu spät.“ Das ist ein Zeichen dafür, dass wir uns der Erhaltung der Infrastruktur widmen.

Gucken wir uns dann an, was wir insgesamt in diesem Jahr machen: 220 Millionen Euro für Landesstraßen. 148 Millionen Euro für die Erhaltung von Bundesstraßen. Die kommen obendrauf. Übrigens haben wir im letzten Jahr mehr Mittel in der Erhaltung abgerufen, als eben behauptet wurde und als mit dem Bund vereinbart wurde. Wir haben mehr abgerufen, als wir vereinbart haben. Hinzu kommen 23 Millionen Euro für Radwegesanierung. Dann sind wir bei knapp 400 Millionen Euro. So viel ist in diesem Land noch nie in die Erhaltung der Straßeninfrastruktur investiert worden.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von SPD und FDP, ich weiß gar nicht, was Sie wollen.

(Zuruf von Gordan Dudas [SPD])

Dann kommen Sie mit dem einzigen Punkt, dass für 2022 und 2023 vorher mit dem Bund festgelegte Mittel nicht in dem Jahr geflossen sind. Da ist nichts an Nordrhein-Westfalen vorbeigeflossen, sondern der Hauptpunkt für 2023 sind zwei Projekte – die B 58 in

Wesel und die B 67 Reken–Dülmen –, die sich verzögert haben, unter anderem wegen Kampfmittelräumung. Da wird kein Geld an Nordrhein-Westfalen vorbeifließen. Es wird einfach im nächsten Jahr abgerechnet.

Das ist kein NRW-Problem. Kollege Metz hat es eben dargestellt. Wir haben in dem Jahr 2023 30 % weniger Mittelabruf im Durchschnitt aller Bundesländer. Wir könnten jetzt sagen, mit 7 % weniger sind wir gut.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Das tue ich überhaupt nicht. Aber das zeigt, dass Ihr Antrag und Ihre Kritik nur Klamauk sind. Die faktischen Zahlen, die wir an der Stelle deutlich machen, zeigen: In Nordrhein-Westfalen wird investiert. Es wird in die Erhaltung der Straßeninfrastruktur investiert. Es wird, wo notwendig, in den Ausbau investiert. Wir lassen keine Mittel liegen, sondern wir bauen die Infrastruktur aus. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Herr Minister, es gab, bevor Sie zu Ende gesprochen haben, den Wunsch nach einer Zwischenfrage aus den Reihen der SPD. Wollen Sie die noch zulassen?

**Oliver Krischer,** Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Aber gerne.

**Präsident André Kuper:** Dann der Kollege.

**Gordan Dudas** (SPD): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Herzlichen Dank, Herr Minister, dass Sie die Zwischenfrage zugelassen haben.

Ich muss zugeben, dass Sie mich ein bisschen verwirrt haben. Gerade haben die beiden Redner der regierungstragenden Fraktionen in einem riesigen Blumenstrauß erläutert, was denn die Gründe dafür sind, dass diese 60 Millionen Euro nicht verausgabt wurden: die Flut, die Ukraine, Materialkosten, Personal. Dann kam noch ein Sturm dazu, glaube ich; keine Ahnung, was sie alles aufgezählt haben. Sie haben hingegen gesagt: Nein, es waren lediglich zwei Projekte, die nicht umgesetzt worden sind, weil da Kampfmittel gefunden wurden.

Jetzt müssen Sie mir schon erklären: Haben Ihre Kollegen nicht recht oder haben Sie nicht recht, was die Begründung angeht, warum die Mittel nicht verausgabt wurden?

**Präsident André Kuper:** Herr Minister.

**Oliver Krischer,** Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Danke, Herr Abgeordneter Dudas, für die Zwischenfrage. Sie offenbart, dass Sie offensichtlich den Antrag der FDP nicht gelesen haben.

(Gordan Dudas [SPD]: Um den geht es ja auch nicht!)

Das bezieht sich nämlich auf die Jahre 2022 und 2023. Worüber die Kollegen gesprochen haben, was die Flut angeht, was Corona angeht, was diese Fragen angeht, ist das Jahr 2022. Ich habe über das Jahr 2023 gesprochen, in dem es um die konkreten Projekte „Wesel“ und „Reken–Dülmen“ geht. Das können Sie an der Stelle nachvollziehen.

Das macht eigentlich deutlich, dass es Ihnen am Ende hier gar nicht konstruktiv um die Sache geht, sondern einfach nur darum geht, irgendetwas zu suchen, um dann zu sagen: Nein, das läuft nicht, das klappt nicht.

Die tatsächlichen Zahlen und die Fakten sprechen dagegen. Diese Landesregierung widmet sich der Erhaltung der Infrastruktur in einem Ausmaß, wie es das in der Vergangenheit nicht gegeben hat. Das ist ein notwendiger Schritt. Das ist erforderlich, damit wir eine zukunftsfähige Infrastruktur haben. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/8118 an den Verkehrsausschuss. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand gegen diesen Vorschlag? – Möchte sich jemand enthalten? – Dann darf ich feststellen, dass die **Überweisungsempfehlung** einstimmig **angenommen** worden ist.

Nun rufe ich auf:

**9 Die „Energiewende“ von CDU, CSU, FDP, GRÜNE und SPD ist gescheitert – Für eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen: Zurück in die Zukunft der Kernenergie!**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/8109

Damit eröffne ich die Aussprache. Der erste Redner der AfD steht schon am Redepult. Herr Loose hat das Wort.